

EPD

Geschäftsprüfungskommission des Ständerates 1960Fragen aus dem Geschäftsbereich des
Politischen Departements

(Sollte ein anderes Departement zur Beantwortung einer Frage zuständig sein, so bitte ich Sie, sich direkt mit ihm zu einigen, wer die Antwort zu erteilen hat und mich von der getroffenen Abmachung zu verständigen. Die Seitenzahlen, die sich auf die deutsche Ausgabe beziehen, werden z.B. als (S. 425 d), die Seiten der französischen Ausgabe als (S. 425 fr.) bezeichnet).

Frage 1. (Hr. Mäder) - Im Bericht wird ausgeführt, dass die Schweiz während des Jahres 1959 für die Wahrung der britischen und französischen Interessen im Nahen und im Mittleren Osten sowie der irakischen Interessen in Frankreich besorgt war. Werden die Kosten dieser Interessewahrung durch die betreffenden Länder an die Schweiz vergütet? Muss für die Ausübung dieser Aufgabe zusätzliches Personal verwendet werden? (S. 153 d)

Frage 2. (Hr. Mäder) - Welchen Betrag haben die Aufwendungen der Schweizer-Mission in Korea im Jahre 1959 erfordert? Im Bericht ist ausgeführt, dass der Aufgabenkreis im Laufe der Jahre auf ein Minimum gesunken sei. Worin besteht heute dieser Aufgabenkreis noch? (S. 154 d)

Frage 3. (Hr. Mäder) - Im Zusammenhang mit der Schilderung der Tätigkeit der Kommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandsschweizer wird bemerkt, dass in verschiedenen Fällen die Ansprüche abgewiesen wurden, weil der Ansprecher die schweizerischen öffentlichen Interessen in schwerwiegender Weise verletzt hat. Kann der Kommission bekanntgegeben werden, um welche Tatbestände es sich handelt? (S. 159 d)

Frage 4. (Hr. Mäder) - Schweizer Kolonien im Ausland. - Auf meiner Reise durch Südamerika im Jahre 1958 habe ich ein grosses Bedürfnis der Auslandschweizer nach regelmässiger Information aus der Heimat festgestellt. Die "INFORMATION", welche von der NHG monatlich herausgegeben wird, ist sicher sehr wertvoll, sie erscheint aber nur jeden Monat. Wäre es nicht möglich, die Information zu intensivieren und eventuell einen Weg zu suchen, dass dem Informationsbedürfnis der Schweizer im Ausland besser entsprochen werden könnte? (S. 160 und 161 d)

Frage 5. (Hr. Mäder) - Im Bericht ist von der Verletzung des schweizerischen Luftraumes die Rede. Haben die ausländischen Regierungen, bei denen das Politische Departement intervenierte, jeweilen auf diese Interventionen geantwortet und wenn ja, in welcher Weise? Welche ausländische Staaten waren dabei beteiligt und wieviele Flieger? (S. 161 d)



Frage 6. (Hr. Mäder) - Gemäss Ausführung auf Seite 171 d hat das Departement die Gesandtschaft in Bukarest beauftragt, sich nach den Gründen der Verhaftung einer Schweizer Bürgerin und einer schweizerisch-rumänischen Doppelbürgerin erkundigt. Wie steht dieser Fall heute? (S. 171 d)

Frage 7. (Hr. Mäder) - Kann Auskunft gegeben werden über den genauen Personalbestand der wichtigsten Botschaften in Bern, insbesondere der USA, von China und von Russland?

Frage 8. (Hr. Mäder) - Auf Seite 185 d wird auf die internationale Konferenz der UNESCO über die numerische Behandlung der INFORMATION hingewiesen. Um welchen genauen Fragenkomplex hat es sich gehandelt? (S. 185 d)

Frage 9. (Hr. Mäder) - Auf Seite 186 wird auf die Veranstaltung eines Studienseminars durch die schweizerische UNESCO-Kommission über das Problem: "Ist die Schule sicher, die Fähigkeiten der ihr anvertrauten Jugend voll und wirksam zu entwickeln?" hingewiesen? Ist das Ergebnis dieses Studienseminars schon vorgelegt? (S. 186 d)

Frage 10. (Hr. Mäder) - Technische Hilfe: Die Aufnahme von 111 Stipendiaten durch die Schweiz erscheint relativ gering. Glaubt der Bundesrat nicht, dass gerade in diesem Sektor die Hilfe wesentlich intensiviert werden muss? Von welchen Organisationen werden die Stipendiaten gemeldet?
Die Zentralisierung der Massnahmen auf dem Gebiete der technischen Hilfe bei der Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements ist zu begrüssen. Hat der Bundesrat im Jahre 1960 bereits einen Entscheid gefällt? (S. 190 d)

Frage 11. (Hr. Mäder) - Gewährung von Erleichterungen an internationale Organisationen und ihre Beamten in der Schweiz. Frage, ob sämtliche Beamten von allen direkten und indirekten Steuern in der Schweiz befreit sind? (S. 192 d)

Frage 12. (Hr. Mäder) - Auf Seite 207 (Luftfahrt) ist auf das Luftverkehrs-Abkommen mit Peru vom 23. November 1956 hingewiesen. Welches ist der Inhalt dieses Abkommens? Ist darin der SWISSAIR die Möglichkeit eröffnet, ihre Luftlinie über Buenos Aires hinaus nach Santiago und Lima weiterzuführen? (S. 207 d)

Frage 13. (Hr. Mäder) - Rekrutierung von Diplomaten- und Konsulanwärtern. Wie verteilten sich die 25 Kandidaten auf die verschiedenen Landesteile? Kann allgemein die Feststellung gemacht werden, dass Bewerber romanischer Sprache sich besser eignen als Anwärter mit deutscher Muttersprache? Wie sind die Erfahrungen mit Absolventen der HANDELSHOCHSCHULE St. Gallen? (S. 211 d)

Frage 14. (Hr. Mäder) - Auswärtiger Dienst. - Ich habe im allgemeinen den Eindruck, dass ein sehr rascher Wechsel in der Besetzung der Botschaften stattfindet. Bestehen gewisse allgemeine Richtlinien für den Wechsel, insbesondere denjenigen in tropischen Ländern? Kann der Kommission das Reglement für die Besoldung der schweizerischen Diplomaten im Ausland vorgelegt werden? (S. 212 d)

- 3 -

Frage 15. (Hr. de Coulon) - Nachdem die Schweiz mehr und mehr Mühe hat mit ihren Handelsbeziehungen, fragt es sich, ob unsere diplomatischen Vertretungen das Akzent nicht noch mehr auf die Förderung der Handelsbeziehungen legen sollten?

Frage 16. (Hr. Mäder) - Auf Seite 214 wird auf die Erstellung von neuen Botschaftsgebäuden verwiesen. Durch einen befreundeten Schweizer, der sehr gute Beziehungen mit Bangkok hat und vor nicht langer Zeit dort zu Besuch war, erfuhr ich, dass die Schweizer in Bangkok im allgemeinen das Botschaftsgebäude für zu luxuriös befinden. Ich selbst habe seinerzeit in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten dieses Projekt befürwortet, weil es mir architektonisch sehr zusagte. Die Frage, ob es zu luxuriös sei, konnte natürlich damals nicht erledigt werden. Besteht eine bestimmte Tradition, dass sich die Direktion der Eidg. Bauten vor Projektierung von Botschaftsgebäudes im Ausland sowohl mit den zuständigen Missionschefs wie auch mit einigen führenden Schweizer Kaufleuten in Verbindung setzt, und deren Meinung zu erfahren sucht? (S. 214 d)

Frage 17. (Hr. Mäder) - REAKTOR AG: Schwerwasserforschungsreaktor DIORIT. Nach einem Gutachten darf der DIORIT als betriebs-sicher betrachtet werden. Lauten die Schlussfolgerungen der Experten ganz eindeutig? Die Bemerkung, er dürfe als betriebs-sicher betrachtet werden, klingt nicht absolut zuversichtlich. (S. 216 d)

P.S. Bitte, schriftliche Antworten, wenn möglich in der Sprache des Fragestellers zu erteilen. Antworten, die schriftlich erteilt werden, bitte ich dem Unterzeichneten in 10 Exemplaren zuzustellen.

0.815. - RJ/mw

Frage 1: (Herr Ständerat Mäder, Geschäftsprüfungskommission 1960)

Im Bericht wird ausgeführt, dass die Schweiz während des Jahres 1959 für die Wahrung der britischen und französischen Interessen im Nahen und im Mittleren Osten sowie der irakischen Interessen in Frankreich besorgt war. Werden die Kosten dieser Interessewahrung durch die betreffenden Länder an die Schweiz vergütet? Muss für die Ausübung dieser Aufgabe zusätzliches Personal verwendet werden? (S. 153 d)

Antwort:Kostenverrechnung

Die im Zusammenhang mit der Fremden Interessewahrung entstehenden Kosten werden von den vertretenen Mächten zurückerstattet. Diese Ausgaben erscheinen im Voranschlag und in der Staatsrechnung im Abschnitt des Politischen Departements, ebenso die Rückerstattungen.

Personal

Im Jahre 1959 standen im Dienste der Fremden Interessen 22 Beamte und Angestellte des Politischen Departements und 17 Arbeitskräfte, die aushilfsweise angestellt wurden.

Die entsprechenden Zahlen betragen per Ende April 1960 infolge Rückgabe des englischen Mandates nur noch 16 bzw. 11 Arbeitskräfte.

Bern, den 23. Mai 1960.

Bern, den 21. Mai 1960

Frage 2 von Herrn Ständerat Mäder (Geschäftsprüfungskommission) :

Welchen Betrag haben die Aufwendungen der Schweizer Mission in Korea 1959 erfordert ? Im Bericht ist ausgeführt, dass der Aufgabenkreis im Laufe der Jahre auf ein Minimum gesunken ist. Worin besteht heute dieser Aufgabenkreis noch ?

Antwort :

Die Aufwendungen für die Schweizer Delegation bei der Waffenstillstandskommission in Korea beliefen sich 1959 auf 474'000 Fr. Die im Laufe des Jahres 1959 vorgenommene, im Geschäftsbericht erwähnte Reduktion des Delegationsbestandes auf ein Minimum von insgesamt 9 Personen (inklusive Hilfspersonal) sowie weitere Sparmassnahmen haben es erlaubt, die Aufwendungen für das Jahr 1960 mit 368'000 Fr. zu budgetieren, also eine neue Einsparung von über 100'000 Fr. vorzusehen. - Der Vollständigkeit halber sei noch daran erinnert, dass die Personal- und Unterhaltskosten der Delegationen in der Waffenstillstandskommission von den Heimatstaaten getragen, dagegen sämtliche Transportkosten vom Kommando der Vereinigten Nationen übernommen werden.

Im Waffenstillstandsabkommen von 1953 war der Kommission als Hauptaufgabe übertragen worden, durch Kontrollen darüber zu wachen, dass keine der beiden Waffenstillstandsparteien ihr Kampfpotential an Mannschaften und Kriegsgerät über den Stand des Zeitpunktes, in dem die Feindseligkeiten eingestellt worden waren, erhöhe. Infolge der engen Definierung der Kontrollkompetenzen war aber die Durchführung des Mandats mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die andauernde Spannung zwischen den Parteien führte zu weiteren Behinderungen und verursachte eine fortschreitende Einengung des Aufgabenkreises. Heute ist die Tätigkeit der Kommission, die früher in den wichtigsten Hafenstädten Süd- und Nordkoreas Kontrollteams unterhielt, örtlich auf das Hauptquartier in

./.

- 2 -

der entmilitarisierten Zone beschränkt. Die Kommission tritt, sofern keine besonderen Ereignisse vorliegen, einmal wöchentlich zu Sitzungen zusammen, in deren Verlauf die Berichte der beiden Seiten über Zuwachs und Abgang ihrer Truppenbestände ausgewertet, Beschwerden der Parteien wegen behaupteter Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens durch die Gegenpartei erörtert und gewisse administrative Routinefragen erledigt werden.

Diese Tätigkeit allein würde die weitere Belassung der Schweizer Delegation in Korea wohl kaum genügend rechtfertigen, wenn nicht der Kommission darüber hinaus symbolische und praktische Bedeutung als Element zur Erhaltung der Waffenruhe an diesem neuralgischen Punkt der weltweiten, wieder zunehmenden Spannung zwischen Ost und West zukommen würde. Im Geschäftsbericht des Bundesrates wurde bereits auf diesen nicht zu unterschätzenden Aspekt, ebenso wie auf die der Schweiz als neutralem Staate zufallende Rolle näher hingewiesen. Uebrigens hätte auch Schweden den Wunsch, sich aus der Kommission zurückzuziehen. Bei den wiederholten Ueberprüfungen der Lage ist aber die schwedische Regierung gleich wie der Bundesrat zum Ergebnis gekommen, dass dies in der gegebenen Situation nicht opportun wäre. Die schweizerischen und die schwedischen Behörden stehen in dieser Frage in beständiger Fühlung.

Ueber den oben umschriebenen Aufgabenkreis hinaus ist der Chef der Schweizer Delegation, in der Regel ein höherer Beamter des Politischen Departements, bemüht, dieses laufend über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Korea, wo die Schweiz keine diplomatischen oder konsularischen Vertretungen besitzt, orientiert zu halten.

Frage 3. Herr Ständerat Mäder (Geschäftsprüfungskommission 1960).

Im Zusammenhang mit der Schilderung der Tätigkeit der Kommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer wird bemerkt, dass in verschiedenen Fällen die Ansprüche abgewiesen wurden, weil der Ansprecher die schweizerischen öffentlichen Interessen in schwerwiegender Weise verletzt hat. Kann der Kommission bekanntgegeben werden, um welche Tatbestände es sich handelt? (S. 159 d).

Antwort:

Nach Art. 4 b des Bundesbeschlusses vom 13. Juni 1957 über eine ausserordentliche Hilfe an Auslandschweizer und Rückwanderer, die infolge des Krieges von 1939 bis 1945 Schäden erlitten haben, ist von der Hilfe in der Regel ausgeschlossen, wer die schweizerischen öffentlichen Interessen in schwerwiegender Weise geschädigt hat. Auf Grund dieser Bestimmung hat die Kommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer schon verschiedene Ansprecher abgewiesen. Dabei handelt es sich um recht verschiedenartige Tatbestände. Die Entscheide betreffen etwa Auslandschweizer, die nicht zum Aktivdienst einrücken oder wegen Militärdienstes in einer fremden Armee verurteilt wurden, Landesverräter, usw. Zur Hauptsache bezieht sich aber die erwähnte Bestimmung auf Auslandschweizer, die in politischer Beziehung eine unrühmliche Vergangenheit aufweisen. So z.B. diejenigen, die dem "Bund der Schweizer in Grossdeutschland" und dem "Nationalsozialistischen Schweizerbund" angehörten. Beide Organisationen bekannten sich zum Nationalsozialismus und zu Hitler. Der Bundesrat hat in seinen Berichten an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939/1945 (Motion Boerlin) unter anderem über die Tätigkeit und die Ziele der beiden erwähnten Vereinigungen eingehend Bericht erstattet (vgl. Berichte vom 28.12.45, 17.5., 21.5. und 25.7.1946, 30.11.1948). Unter denjenigen, die heute noch die Haltung des Bundes in der Frage der Kriegsgeschädigten am heftigsten kritisieren, befinden sich auch solche Schweizerbürger, die im "Bund der Schweizer in

(Name, Adresse, Telefonnummer)

Grossdeutschland" und im "Nationalsozialistischen Schweizerbund" mitgewirkt haben.

Vermerk:

Handwritten notes and text, including the word "Vermerk:" and several lines of illegible text.

Frage 4. Herr Ständerat Mäder (Geschäftsprüfungskommission 1960).

Schweizer Kolonien im Ausland. -

Auf meiner Reise durch Südamerika im Jahre 1958 habe ich ein grosses Bedürfnis der Auslandschweizer nach regelmässiger Information aus der Heimat festgestellt. Die "INFORMATION", welche von der NHG monatlich herausgegeben wird, ist sicher sehr wertvoll, sie erscheint aber nur jeden Monat. Wäre es nicht möglich, die Information zu intensivieren und eventuell einen Weg zu suchen, dass dem Informationsbedürfnis der Schweizer im Ausland besser entsprochen werden könnte? (S. 160 und 161 d).

Antwort:

Die Information unserer Kolonien im Ausland über das Geschehen in der Heimat kann wohl nicht als Aufgabe des Politischen Departements, oder der Verwaltung überhaupt, betrachtet werden. Wir können keine Zeitung oder Zeitschriften herausgeben; die Kredite erlauben uns auch nicht, für die Kolonien im Ausland Schweizer Zeitungen zu abonnieren.

Hingegen bemühen wir uns, die Information unserer Posten im Ausland zu verbessern. Seit vergangenem Jahr erhalten nun nicht nur die Botschaften und Gesandtschaften, sondern auch alle Generalkonsulate in Uebersee eine Schweizer Zeitung per Luftpost, und seit einigen Wochen auch die Konsulate in Ländern, die unabhängig sind oder nächstens werden. Wenn es möglich wäre, diesen Dienst auszubauen und überhaupt allen Posten ein Flugpost-Abonnement zur Verfügung zu stellen, so würde dies den Postenchefs erlauben, zum mindesten die Kolonie an ihrem Wohnort besser zu informieren.

Eine sehr grosse Rolle für die Information unserer Kolonien spielt der schweizerische Kurzwellendienst. Wir haben uns mit Unterstützung der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates und insbesondere Herrn Nationalrat Dr. Conzett wiederholt dafür eingesetzt, dass dem Kurzwellendienst vermehrte Mittel zur Verfügung gestellt werden. Glücklicherweise konnte sein Anteil an den Radiohörerengebühren erhöht werden, so dass

gerade die Nachrichtensendungen und politischen Lageberichte und Kommentare ausgebaut werden können. Der Empfang in Uebersee, insbesondere auch in Südamerika, ist im allgemeinen gut. Es dürfte Sache der Kolonien sein, wenn nötig einen Abhördienst zu organisieren. Unsere Posten können natürlich das Sendeprogramm des Kurzwellendienstes den Kolonien bekanntgeben.

Eine wesentliche Rolle für die Information der Kolonien spielen die Bulletins der einzelnen Vertretungen und der Neuen Helvetischen Gesellschaft.

Frage 5. Herr Ständerat Mäder (Geschäftsprüfungskommission 1960). Im Bericht ist von der Verletzung des schweizerischen Luftraumes die Rede. Haben die ausländischen Regierungen, bei denen das Politische Departement intervenierte, jeweilen auf diese Interventionen geantwortet und wenn ja, in welcher Weise? Welche ausländische Staaten waren dabei beteiligt und wieviele Flieger? (S. 161 d).

Antwort:

Im Laufe des vergangenen Jahres sah sich das Politische Departement in vier Fällen veranlasst, durch seine Vertretungen im Ausland Schritte betreffend Verletzungen des schweizerischen Luftraumes zu unternehmen.

In zwei Fällen handelte es sich um italienische Militärluftfahrzeuge; das eine Mal um drei Flugzeuge, das andere Mal um einen Helikopter. Die italienischen Behörden haben jedoch diese Verletzungen bestritten und lediglich Zusicherungen gegeben, dass strikte Weisungen zur Vermeidung derartiger Vorkommnisse erteilt worden seien. Im Einvernehmen mit den zuständigen Aemtern wurde davon abgesehen, weitere Schritte zu ergreifen.

Die zwei andern Interventionen erfolgten bei der amerikanischen Regierung. Auf die erste, die ein USA-Militärflugzeug betraf, hat das amerikanische Staatsdepartement den Vorfall anerkannt, sein Bedauern ausgedrückt und zugesichert, dass die erforderlichen Weisungen zur Vermeidung solcher Luftraumverletzungen gegeben worden seien. Auf die zweite Intervention betreffend zwei USA-Militärflugzeuge wurde hingegen geantwortet, es handle sich nicht um Flugzeuge der amerikanischen Streitkräfte, sondern möglicherweise um solche, die anderen Staaten abgetreten worden seien und anfänglich noch die alten amerikanischen Immatrikulationszeichen getragen hätten. Trotzdem diese Begründung nicht ganz überzeugend erschien, wurde

im Benehmen mit den andern zuständigen Stellen auf eine weitere Verfolgung der Angelegenheit verzichtet.

Eine weitere Luftraumverletzung erfolgte durch ein französisches Militärflugzeug. Am gleichen Tag hat der französische Militärattaché in Bern auf Weisung seiner vorgesetzten Behörden dem Militärdepartement diese Verletzung gemeldet, die unabsichtlich begangen worden sei, und Entschuldigungen ausgesprochen.

JS/jo
Pv

Bern, den 24. Mai 1960

Betrifft: Behandlung des Geschäftsberichtes durch die ständerätliche Geschäftsprüfungskommission.

Beantwortung der Frage Nr. 6 (Hr. Mäder) - Gemäss Ausführung auf Seite 171 d hat das Departement die Gesandtschaft in Bukarest beauftragt, sich nach den Gründen der Verhaftung einer Schweizer Bürgerin und einer schweizerisch-rumänischen Doppelbürgerin zu erkundigen. Wie steht dieser Fall heute? (S. 171 d).

Erster Fall: Schweizerbürgerin:

Die Schweizerbürgerin soll unter der Anklage stehen

- 1) den rumänischen Behörden die Existenz von Guthaben in der Schweiz, die ihr aus den Nationalisierungsentschädigungen zugekommen sind, nicht angemeldet und
- 2) illegale Devisentransaktionen getätigt zu haben.

Das rumänische Aussenministerium äusserte sich Mitte März der Gesandtschaft gegenüber, dass sich der Fall noch in Voruntersuchung befinde.

Ende März kam der hiesige rumänische Gesandte anlässlich eines Besuches auf dem Departement von sich aus auf die Angelegenheit zu sprechen. Er nimmt an, unsere Mitbürgerin werde noch dieses Jahr aus dem Gefängnis kommen.

* * *

Zweiter Fall: Rumänisch-schweizerische Doppelbürgerin:

Die rumänisch-schweizerische Doppelbürgerin soll mit ihrem rumänischen Gatten wegen politischer Agitation zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden sein.

Da es sich in diesem Fall um eine Doppelbürgerin handelt, musste sich der Gesandte auf mündliche Interventionen bei einer hochgestellten rumänischen Persönlichkeit beschränken.

Ein von in der Schweiz lebenden Verwandten der Verhafteten verfasstes Begnadigungsgesuch an den Präsidenten des Präsidiums der Grossen Nationalversammlung wurde durch das Departement Ende März dem rumänischen Gesandten überreicht.

Am 9. Mai wurde unserem Gesandten von der vorerwähnten rumänischen Persönlichkeit anlässlich eines Empfanges erklärt, dass demnächst ein Amnestiedekret erscheinen soll, auf Grund dessen die beiden alten und kranken Eheleute freigelassen würden.

AD/sm

Bern, den 20. Mai 1960

Frage der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates

Nr. 7: (Hr. Mäder) - Kann Auskunft gegeben werden über den genauen Personalbestand der wichtigsten Botschaften in Bern, insbesondere der USA, von China und von Russland?

Personalbestand der wichtigsten BotschaftenStichtag: 19. Mai 1960

	<u>Diplomaten</u>	<u>Beamte</u>	<u>Total</u>
China	15	47	62
Frankreich	14	35	49
Grossbritannien	14	26	40
Sowjetunion	16	40	56
Vereinigte Staaten von Amerika	23	43	66

Frage 8. Herrn Ständerat Mäder (Geschäftsprüfungskommission 1960).
Auf Seite 185 d wird auf die internationale Konferenz der UNESCO über die numerische Behandlung der INFORMATION hingewiesen. Um welchen genauen Fragenkomplex hat es sich gehandelt? (S. 185 d).

Antwort

Die Protokolle der Konferenz wurden noch nicht verteilt; immerhin enthält der Bericht des Generaldirektors der UNSECO über die Aktivität der Organisation im Jahre 1959 folgende Angaben :

" 7. TRAITEMENT NUMERIQUE DE L'INFORMATION
ET CALCUL ELECTRONIQUE

(132) La Conférence internationale sur le traitement numérique de l'information s'est tenue à la Maison de l'Unesco du 15 au 20 juin, sous la présidence de M. Howards H. Aiken, de l'Université Harvard (Etats-Unis d'Amérique). Une exposition internationale de matériel pour le traitement numérique de l'information a été organisée à l'occasion de cette Conférence, en étroite collaboration avec la Commission nationale française et un groupe de firmes françaises.

(133) Les participants ont tenu 12 colloques sur différents aspects particuliers du thème choisi et étudié en séance plénière une soixantaine de communications d'un caractère hautement technique. Les débats ont porté sur les questions suivantes:
méthodes mathématiques du calcul numérique; structure logique des machines à calcul numérique; langage symbolique commun pour les machines à calcul numérique; traduction automatique des langues; reconnaissance des structures et faculté d'adaptation des machines; rassemblement, conservation et recherche des informations. Une séance spéciale a été consacrée aux techniques futures. Environ 2.000 spécialistes, venus de 36 pays, ont participé aux travaux.

(134) On a généralement estimé que cette conférence venait à son heure - étant donné l'évolution extrêmement rapide des techniques de calcul électronique au cours des dernières années - et qu'elle avait été couronnée de succès en ce qu'elle avait permis à un très grand nombre d'experts de mettre en commun leur savoir et de jeter ainsi les bases de progrès futurs. Les représentants des organisations nationales non gouvernementales intéressées se sont réunis pendant la conférence pour créer une Fédération internationale des Sociétés de traitement numérique de l'information, à qui il appartiendra désormais d'organiser des conférences dans ce domaine. Le projet de statuts de la nouvelle Fédération a été adopté, et un bureau provisoire ayant pour président M. I.L. Auerbach (Etats-Unis) et pour Vice-Président M. A.A. Dorodnizine (URSS) et M. A. van Wijngaarden (Pays-Bas) a été constitué. Au moment de la rédaction du présent rapport, les statuts de la Fédération avaient été formellement acceptés par les Sociétés nationales des pays suivants: République fédérale d'Allemagne, Canada, Danemark, Etats-Unis d'Amérique, France, Pays-Bas, Royaume-Uni, Suède, Suisse. Ils doivent entrer en vigueur le 1er janvier 1960." (page 82).

Herr Professor E. Stiefel von der Eidgenössischen Technischen Hochschule hat anlässlich dieser Konferenz, durch Vermittlung bzw. im Rahmen der Beteiligung der deutschen Delegation, eine Mitteilung unterbreitet.

Frage 9. Herr Ständerat Mäder (Geschäftsprüfungskommission 1960).

Auf Seite 186 wird auf die Veranstaltung eines Studienseminars durch die schweizerische UNESCO-Kommission über das Problem: "Ist die Schule sicher, die Fähigkeiten der ihr anvertrauten Jugend voll und wirksam zu entwickeln?" hingewiesen. Ist das Ergebnis dieses Studienseminars schon vorgelegt? (S. 186 d).

Antwort:

Das Manuskript des Berichtes über den Kurs (ungefähr 100 Seiten) wird demnächst dem Sekretariat der nationalen schweizerischen UNESCO-Kommission unterbreitet werden. Beiliegend ein provisorischer Bericht, der durch den Leiter des Kurses, Herrn Laurent Pauli (Directeur du Gymnase cantonal et de l'Ecole normale de Neuchâtel) abgefasst wurde.

1 Beilage.

Commission nationale suisse pour l'UNESCO.

Séminaire sur le passage de l'enseignement primaire à l'enseignement
secondaire.

Gurten - 27 septembre - 3 octobre 1959.

Rapport provisoire.

Grâce à la bonne volonté et à l'esprit de collaboration des sept collègues qui ont assumé, avec le soussigné, l'organisation et la direction du séminaire, grâce aussi au dévouement et à la compétence de Melle Travelletti, la semaine d'étude du Gurten s'est déroulée dans de bonnes conditions et a permis l'établissement de documents utiles à l'ensemble des écoles suisses. Seuls les cantons d'Uri, Schwyz, Unterwald, Appenzell, Thurgovie et St-Gall n'étaient pas représentés au stage. Par contre les délégués des 17 cantons et demi-cantons présents avaient été heureusement choisis: à côté de maîtres compétents on comptait de nombreux inspecteurs et directeurs d'écoles.

Quatre groupes de travail ont été constitués: le premier s'est occupé des buts assignés à l'enseignement secondaire et des plans d'études, le second s'est intéressé très particulièrement au problème du passage de l'enseignement primaire à l'enseignement secondaire, le troisième a essayé d'analyser les méthodes utilisées dans nos cantons pour la sélection et l'orientation des élèves, le quatrième a examiné les divers problèmes sociaux que pose l'enseignement secondaire.

Un questionnaire très détaillé avait été adressé aux secrétariats des départements de l'Instruction publique ainsi qu'à un certain nombre de collègues désignés par les associations professionnelles. Malgré tout le soin apporté à l'établissement de ce questionnaire nous nous sommes rendu compte, une fois de plus, que la diversité des structures scolaires dans nos cantons rend presque impossible la désignation par un même mot d'une même notion. De plus, la traduction d'allemand en français ou de français en allemand, a introduit quelque ambiguïté dans les textes. Enfin, nos questions ont étonné les départements de l'Instruction publique. On les a jugées souvent inopportune ou inutiles. Nous

- 2 -

avons essayé d'obtenir une image aussi fidèle et exacte que possible des premières années de l'enseignement secondaire en Suisse. Nous devons constater que dans une période de crise comme celle que nous traversons actuellement on ne possède pas de statistiques complètes permettant de comparer les effectifs des écoles secondaires aux effectifs des écoles primaires d'une part, les effectifs des gymnases à ceux des écoles secondaires, d'autre part. Plus exactement, si l'on considère, par exemple, l'ensemble des élèves qui ont atteint l'âge de 14 ans en 1958, il n'est pas possible de dire combien achèvent leur scolarité dans une école primaire, combien l'achèvent à l'école secondaire et combien se préparent à poursuivre des études dans un gymnase, une école de commerce ou une école technique. Cette question de base n'ayant reçu aucune réponse dans de nombreux cantons, d'autres questions spéciales qui s'y rapportaient devenaient dès lors sans objet. Cet exemple choisi parmi un grand nombre d'autres illustre les difficultés que nous avons rencontrées. Grâce au zèle des participants, aux travaux volontaires accomplis par plusieurs d'entre eux avant le séminaire, il a été possible de remédier à certaines lacunes.

Avant de rédiger le rapport final nous avons tenu à faire vérifier certaines données statistiques par les départements de l'Instruction publique intéressés. Cette enquête complémentaire a pris du temps et tous les documents ne nous sont pas encore parvenus. Nous sommes convaincu que le rapport final, même incomplet, permettra d'aborder, sur des bases sûres, les diverses études qu'exigent d'une part, la relève du personnel scientifique et d'autre part, le recrutement du corps enseignant primaire, secondaire et gymnasial.

Pauli

Neuchâtel, le 5 février 1960.

Frage 10: (Herr Ständerat Mäder, Geschäftsprüfungskommission 1960)

Technische Hilfe: Die Aufnahme von 111 Stipendiaten durch die Schweiz erscheint relativ gering. Glaubt der Bundesrat nicht, dass gerade in diesem Sektor die Hilfe wesentlich intensiviert werden muss. Von welchen Organisationen werden die Stipendiaten gemeldet?

Die Zentralisierung der Massnahmen auf dem Gebiete der technischen Hilfe bei der Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements ist zu begrüßen. Hat der Bundesrat im Jahre 1960 bereits einen Entscheid gefällt? (S.190 d)

o.904. - GH/sa

Den 23. Mai 1960

Notiz an den Chef der Abteilung für Internationale Organisationen

Antwort auf die Fragen des Herrn Ständerat Rudolf Mäder

Technische Hilfe

Die Zahl von 111 Stipendiaten, die letztes Jahr in der Schweiz Aufnahme fanden, bezieht sich ausschliesslich auf den multilateralen Sektor. Dazu kommen noch etwas weniger als 20 bilaterale Stipendiaten, sowie 53 Stipendiaten und Praktikanten, die unter dem Third Country Training Programme (dem bilateralen Stipendiatenprogramm der USA) in der Schweiz Aufnahme fanden. Wenn unserem Land von der Totalanzahl von über 180 Stipendiaten auch nur für die bilateralen Stipendiaten eigentliche Auslagen erwachsen, müssten doch für die anderen Kandidaten die nötigen Studien- und Lehrplätze verschafft werden, was wegen Personalmangels, Ueberbelastung der leitenden Persönlichkeiten und aus andern Gründen oft schwer fällt.

Wir sind der Ansicht, dass gerade auf dem Gebiete des Expertenwesens noch grosse Anstrengungen gemacht werden müssen. Die Hauptschwierigkeit, die Anzahl der Stipendiaten und Praktikanten erhöhen zu können, besteht jedoch gerade darin, die nötigen Plätze zu finden. Die technische Hilfe der Schweiz vermittelt hauptsächlich technisches Wissen. Demgemäss kommen in erster Linie unsere technischen Hochschulen in Frage, die jedoch jetzt schon teilweise überfüllt sind. Auch die Privatindustrie könnte noch mehr Anstrengungen unternehmen, um mehr Plätze zur Verfügung zu stellen. Wir hoffen, gerade auf diesem Sektor noch mehr Verständnis zu finden.

- 2 -

Die Zahl von 111 Stipendiaten und Praktikanten teilt sich wie folgt auf die entsprechenden Organisationen auf :

UNTAA	24
BIT	5
UIT	4
FAO	17
UNESCO	6
OMS	55
	<hr/>
	111

Was die Zentralisierung aller Massnahmen unserer technischen Hilfe bei der Abteilung für Internationale Organisationen des Eidgenössischen Politischen Departements anbelangt, verweisen wir auf den Bundesratsbeschluss vom 8. Januar 1960, der diese Zentralisierung vollzogen hat. Der neue Dienst für technische Hilfe ist zuständig für alle Angelegenheiten dieser Art, insbesondere für die Prüfung der zahlreichen Hilfsgesuche aus den Entwicklungsländern sowie für die Koordinierung der staatlichen und privaten Aktionen unseres Landes. Schliesslich ist der Dienst für technische Hilfe bestrebt, die derzeit geltenden Bestimmungen zu erweitern, damit den mannigfachen Bedürfnissen der Entwicklungsländer besser als bisher entsprochen werden kann, so z.B. in kulturellen und wissenschaftlichen Angelegenheiten.

hms

o.171.-21.-ER/so

23. Mai 1960

N o t i z

Antwort auf die Fragen des Herrn Dr. Mäder, Mitglied der Ständeratskommission:

Frage 11:

Gewährung von Erleichterungen an internationale Organisationen und ihre Beamten in der Schweiz. Frage, ob sämtliche Beamten von allen direkten und indirekten Steuern in der Schweiz befreit sind. (S.192 d)

Antwort

Die Botschaft des Bundesrates vom 28. Juli 1955 über das rechtliche Statut der Organisation der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen in der Schweiz und die im Anhang beigefügten Texte verschiedener Abkommen und Briefwechsel orientieren ausführlich über den interessierenden Fragenkomplex. Im übrigen hat die Bundesversammlung mit Bundesbeschluss vom 30. September 1955 dem Bundesrat auf dem Gebiet der Besteuerung internationaler Beamter neue Kompetenzen eingeräumt; der Bundesrat ist ermächtigt worden, im Abkommen über das rechtliche Statut internationaler Organisationen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, Ausnahmen von der Steuergesetzgebung des Bundes zu gewähren. Der Bundesrat hat denn auch ganz allgemein die Befreiung nicht nur von den Bundessteuern, sondern auch von kantonalen und kommunalen Steuern zugunsten aller internationaler Beamter, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit in den mit der Organisation der Vereinten Nationen, sowie den Spezialorganisationen der Vereinten Nationen abgeschlossenen Abkommen eingeräumt. Bei den andern, nicht den Vereinten Nationen angeschlossenen Organisationen, also Organisationen, die keinerlei Vergünstigung in Bezug auf Bundessteuern geniessen, ist es den Kantonen jedoch freigestellt, auch den Beamten, die das Schweizerbürgerrecht besitzen, die Befreiung von Staats- und Gemeindesteuern einzuräumen. So ist beispielsweise im Abkommen mit der Europäischen Organisation für die kernphysikalische Forschung (CERN) nur die Steuerbefreiung der ausländischen Beamten vorgesehen worden; die Behörden des Kantons Genf haben jedoch seinerzeit unabhängig davon beschlossen, die Steuerbefreiung in Bezug auf Staats- und Gemeindesteuern auch auf die schweizerischen Beamten auszuweiten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die gemäss Bundesbeschluss vom 30. September 1955 getroffenen Vereinbarungen neben den den Organisationen selbst eingeräumten steuerlichen Vergünstigungen auch die den internationalen Beamten zustehenden Fiskalprivilegien regeln. Danach gilt für ihre steuerliche Behandlung in der Schweiz im allgemeinen folgendes:

a) Ausländer:

Direktoren und hohe Beamte der internationalen Organisationen (auch die Richter des internationalen Gerichtshofes), stehen üblicherweise im Genuss der diplomatischen Vorrechte und Immunitäten, d.h. sie werden gleich behandelt wie in der

Schweiz akkreditierte Diplomaten (subjektive Steuerbefreiung).

Alle nichtschweizerischen Beamten internationaler Organisationen geniessen nach Vertragsrecht oder Uebung für das Arbeitsentgelt, das sie von diesen Institutionen beziehen, Steuerbefreiung. In der Praxis (Wehrsteuer, Kt. Genf) werden jedoch solche Beamte zumeist auch für ihre übrigen Einkünfte und das Vermögen steuerfrei gestellt.

b) Schweizerbürger

Die steuerliche Behandlung der internationalen Beamten schweizerischer Staatsangehörigkeit ist in den verschiedenen Vereinbarungen nicht einheitlich geregelt. Zwar steht fest, dass sie auf keinen Fall im Genuss diplomatischer Privilegien und Immunitäten stehen. Schweizerbürgern im Dienst von Organisationen mit Sitz in der Schweiz, die den Vereinigten Nationen angeschlossen sind, ist immerhin Steuerfreiheit für ihr Erwerbseinkommen zugestanden worden. Dies trifft jedoch nicht zu mit Bezug auf schweizerische Staatsangehörige im Dienst anderer internationaler Organisationen (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Zwischenstaatliches Komitee für europäische Auswanderung, Europäische Organisation für Kernphysikalische Forschung, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr, Vereinigte Internationale Bureaux zum Schutze des gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums, Liga der Rotkreuzgesellschaften).

Auf den indirekten Steuern (Luxussteuer, Warenumsatzsteuer, Alkoholsteuer, Stempelabgaben u.s.w.) geniessen die Beamten der internationalen Organisationen keine Vorrechte. Dagegen wird den Organisationen selbst, wie auch deren höheren Beamten - sofern sie nichtschweizerische Staatsangehörige sind - die Möglichkeit eingeräumt, Waren aus dem Ausland für den eigenen Gebrauch zollfrei einzuführen.

Schliesslich wurde gemäss Verfügung No. 1a, Art.1, des Eidg. Finanz- und Zolldepartementes vom 20. November 1944 den ausländischen Beamten der internationalen Organisationen das Vorrecht der Rückerstattung der Verrechnungssteuer eingeräumt.

Frage 12. Herrn Ständerat Mäder (Geschäftsprüfungskommission 1960).
Auf Seite 207 (Luftfahrt) ist auf das Luftverkehrs-Abkommen mit Peru vom 23. November 1956 hingewiesen. Welches ist der Inhalt dieses Abkommens? Ist darin der SWISSAIR die Möglichkeit eröffnet, ihre Luftlinie über Buenos Aires hinaus nach Santiago und Lima weiterzuführen? (S. 207 d).

Antwort:

1. Das Abkommen zwischen der Schweiz und Peru ist am 22. November 1956 in Lima geschlossen worden. Es ist nach Durchführung des Ratifikationsverfahrens am 18. Juni 1959 in Kraft getreten. Die deutsche Uebersetzung ist in der Amtlichen Sammlung der Eidgenössischen Gesetze, Bd. 1959, S. 632, und der französische Wortlaut im Recueil Officiel, Bd. 1959, S. 654, veröffentlicht.
2. Die verschiedenen Möglichkeiten, die sich einer von den schweizerischen Behörden bezeichneten Luftverkehrsunternehmung für die Streckenführung darbieten, sind aus dem Linienplan im Anhang des Abkommens ersichtlich. Eine Weiterführung der heute bis Buenos Aires führenden Luftverkehrslinie der Swissair über Santiago nordwärts nach Lima ist im Linienplan nicht ausdrücklich vorgesehen. Eine reale Möglichkeit zur Verwirklichung eines solchen Dienstes bestehe ohnehin nicht, weil die chilenischen und argentinischen Behörden keine Rechte für den Verkehr in nördlicher Richtung erteilen.

Frage 13. (Herr Ständerat Mäder) - Rekrutierung von Diplomaten- und Konsulanwärtlern. Wie verteilten sich die 25 Kandidaten auf die verschiedenen Landesteile? Kann allgemein die Feststellung gemacht werden, dass Bewerber romanischer Sprache sich besser eignen als Anwärter mit deutscher Muttersprache? Wie sind die Erfahrungen mit Absolventen der HANDELSHOCHSCHULE St. Gallen (S. 211 d).

Antwort:

a) Die 25 Kandidaten, die 1959 die Zulassungsprüfung bestritten haben, gruppierten sich nach der Muttersprache wie folgt: 11 Welschschweizer, 9 Deutschschweizer, 5 Tessiner. Die Tatsache, dass schliesslich 3 Welschschweizer, 3 Tessiner und nur 2 deutschsprachige Anwärter zur Probezeit zugelassen wurden, ist nicht etwa darauf zurückzuführen, dass sich erstere grundsätzlich besser für die diplomatische und konsularische Karriere eignen, sondern ergab sich auf Grund der individuellen Prüfungsergebnisse und der relativ starken Vertretung des romanischen Elements unter den Kandidaten. Wie der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist, waren die Verhältnisse in den früheren Jahren durchaus verschieden.

	<u>Deutsch-</u> <u>schweizer</u>	<u>Welsch-</u> <u>schweizer</u>	<u>Tessiner</u>
1959	2	3	3
1958	6	2	1
1957	7	3	1
1956	6	5	1
1955	4	5 *	-

* wovon einer zweisprachig (französisch-deutsch)

b) Alle schweizerischen Hochschulen, inbegriffen die Handelshochschule St. Gallen, konnten uns bisher brauchbare Kräfte zur Verfügung stellen.

Frage 14. (Herr Ständerat Mäder) - Auswärtiger Dienst.

Ich habe im allgemeinen den Eindruck, dass ein sehr rascher Wechsel in der Besetzung der Botschaften stattfindet.

Bestehen gewisse allgemeine Richtlinien für den Wechsel, insbesondere denjenigen in tropischen Ländern? Kann der Kommission das Reglement für die Besoldung der schweizerischen Diplomaten im Ausland vorgelegt werden? (S. 212 d).

Antwort:

a) Herr Ständerat Ackermann hat bereits im Jahre 1959 zu Handen der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, sich nach den Gründen für die häufigen Wechsel in der Besetzung unserer Botschaften und Gesandtschaften erkundigt. Es wurde ihm folgende Antwort erteilt, die auch heute noch ihre Gültigkeit nicht verloren hat:

" Wie für die Beamten, erfolgen auch die Versetzungen der Botschafter und Gesandten aus dienstlichen, gesundheitlichen und Rücktrittsgründen. Ganz allgemein ist die Aufenthaltsdauer in Ländern mit tropischem Klima oder erschwerten Lebensbedingungen kürzer angesetzt. So können z.B. Beamte, die einem Tropenposten zugeteilt sind, nach 32 Monaten um ihre Versetzung in ein Land mit gemässigtem Klima nachsuchen. Diese Regel findet im Rahmen des Möglichen auch für Missionschefs Anwendung. Von dieser Richtlinie ausgehend erfolgten die im Geschäftsbericht erwähnten Versetzungen der Botschafter Bisang (von Pakistan nach Israel), Sonderegger (von Indonesien nach Dänemark) und Brenni (von Kuba nach Portugal).

Wenn es sich um die Neubesetzung eines Schlüsselpostens handelt, der durch Krankheit, Tod oder Demission unerwartet vakant wird, so kann die Wahl des geeigneten Chefs dessen verfrühte Versetzung zur Folge haben. Als Beispiel sei die im Jahre 1957 eingereichte Demission von Herrn Minister

Gérard Bauer, alsdann Delegierter des Bundesrates bei der OECE, erwähnt. Herr Minister Soldati wurde als sein bestqualifizierter Nachfolger betrachtet, obwohl er erst Ende 1956 zum Schweizerischen Botschafter bei der Organisation der Vereinten Nationen ernannt worden war. Die Wahl des neuen Beobachters fiel angesichts seiner besonderen Eignung zur Bekleidung dieses Postens auf den seit einem Jahr in Israel ernannten Gesandten, Herrn Minister Felix Schnyder. "

Unsere Bemühungen, die Versetzungen einem regelmässigeren und langfristigeren Rythmus zu unterwerfen werden schliesslich nicht nur durch solche mehr persönlichen Verhältnisse sondern auch durch davon unabhängige Ereignisse gestört, welche das Departement vor neue Aufgaben stellen. Ein Beispiel hiefür ist die Uebernahme fremder Interessenvertretungen im Falle eines Konfliktes zwischen Drittstaaten.

b) Gemäss einem heute immer noch in Kraft stehenden Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1929 werden die Besoldungen der diplomatischen Vertreter der Schweiz im Auslande jedes Jahr auf dem Wege des Voranschlages bestimmt. Zur Zeit ist das Politische Departement aktiv damit beschäftigt, das Statut unseres Auslandspersonals in einer Beamtenordnung III neu zu regeln. In diesem Rahmen wird auch die Frage der Besoldungen neu geordnet. Die verwaltungsinterne Bereinigung des entsprechenden Reglements ist indessen noch nicht abgeschlossen. Hinsichtlich der Gehälter der Missionschefs darf vorläufig auf das beiliegende Exposé vom 18. September 1959 verwiesen werden, das auch der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vorgelegt wurde.

a.284.351.34. - FX/lm

Le 18 septembre 1959.

E x p o s é
sur les

TRAITEMENTS DES CHEFS DE MISSION

I. Bref aperçu historique

Au terme de l'arrêté fédéral du 20 décembre 1929 - aujourd'hui encore en vigueur - les traitements des représentants diplomatiques suisses à l'étranger sont fixés chaque année par la voie du budget.

A l'époque où cet arrêté fut voté et jusqu'après la guerre, les traitements des chefs de mission diplomatiques se composaient des éléments suivants :

a) un traitement de base:

frs 60'000.- pour les postes de Paris, Berlin, Londres, Washington et Buenos Aires et frs 50'000.- pour les autres postes;

b) une allocation de famille pour agents mariés:

frs 20'000.- dans les cinq postes mentionnés ci-dessus sous lettre a) et frs 15'000.- dans les autres postes;

c) une allocation mobile de poste:

là où la nécessité s'en faisait sentir, le Conseil fédéral pouvait, en cours d'année, accorder une allocation mobile de poste dont il fixait lui-même le montant. Cette allocation était prélevée sur le crédit global de frs 100'000.-, mis à cette fin chaque année à la disposition du Conseil fédéral.

Selon le message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale du 8 novembre 1929, la rétribution déterminée selon les critères ci-dessus tenait compte du coût de la vie, de l'état de

famille et des obligations de représentation. Toutefois, l'existence de deux seules catégories de traitements ministériels, avec entre elles un écart uniforme de frs 15'000.- pour un agent marié laisse supposer que l'on ne s'embarrassait guère à l'époque des différences assez sensibles existant entre les conditions de vie et les obligations dans les différents postes.

Compte tenu du coût de la vie en 1929 et du pouvoir d'achat du franc suisse sur les places étrangères, ces traitements paraissent aujourd'hui assez élevés, bien que, dans son message à l'Assemblée fédérale, le Conseil fédéral déclarait que "malgré l'amélioration proposée, les disponibilités de certains ministres demeureront très restreintes au regard des charges leur incombant".

Depuis la fin de la guerre, les traitements des chefs de mission diplomatiques ont varié, dans leur composition comme dans leur montant, au gré de l'évolution économique de l'après-guerre et des situations particulières. Il serait trop long d'en faire l'historique ici. Les principales caractéristiques des traitements ministériels actuels peuvent se résumer comme suit :

- 1) Le traitement est fixé à un montant annuel global tout compris.
- 2) Ce traitement est fixé par la voie budgétaire, conformément à l'ACF du 20 décembre 1929.
- 3) Le traitement de base dans la forme où on l'entendait en 1929 a complètement disparu. Aucun autre traitement de base ne lui a en fait, été substitué dans le calcul du traitement.
- 4) L'allocation de famille n'existe plus non plus dans sa forme ancienne. Le traitement du chef de mission marié est uniformément de frs 5'000.- par an supérieur à celui de son collègue célibataire de même rang, et ceci quels que soient le poste et le coût de la vie. En outre, si le chef de mission a des enfants mineurs à charge, le traitement global est majoré d'allocations pour enfants.

- 5) Le traitement global du chef de mission de IIe classe est uniformément de frs 5'000.- inférieur par an à celui du chef de mission de Ire classe, quels que soient le poste et le coût de la vie.
- 6) Les chefs de mission payent actuellement un loyer uniforme de frs 6'000.- par an, sauf dans deux cas spéciaux qui seront réglés par la suite sur la même base.
- 7) Par décision du 28 août 1953, le Conseil fédéral a décidé que si les traitements ministériels devaient continuer à être fixés à un montant global par la voie du budget, conformément à l'ACF du 20 décembre 1929, les traitements annuels pris en considération sur le plan interne seraient :
 - a) le montant prévu pour un fonctionnaire rangé hors classe b par l'article 37, alinéa 2, du statut des fonctionnaires, lorsqu'il s'agit d'un chef de mission de Ire classe;
 - b) le montant maximum prévu pour un fonctionnaire de la 2e classe par l'article 37, alinéa 1, du statut des fonctionnaires, lorsqu'il s'agit d'un chef de mission de IIe classe. (La reclassification des fonctions supérieures, actuellement en cours, assimilera les chefs de mission de IIe classe aux fonctionnaires de la Ire classe de traitement.)

II. Solutions à envisager pour l'avenir dans le cadre du futur statut des fonctionnaires du Département politique.

Comme on sait, il est dans les intentions du Conseil fédéral d'inclure dans l'état et la classification des fonctions la fonction de "chef de mission de Ire classe" en "hors classe b, 1er échelon" et celle de "chef de mission de IIe classe" en Ire classe de traitement et de conférer par là au titulaire de ces fonctions la qualité de fonctionnaire au

sens du statut des fonctionnaires. Cette innovation placera le problème de la rétribution des chefs de mission dans une perspective nouvelle.

Il conviendra de déterminer les normes de leur rétribution, normes devant satisfaire à la double condition suivante :

- a) être en conformité avec le statut;
- b) répondre aux besoins et exigences de la mission dont ils sont chargés et aux charges financières qui en découlent pour eux.

Devant être en conformité avec le statut, la rétribution des chefs de mission ne pourra plus être déterminée, comme c'est le cas aujourd'hui, à un montant global. En effet, en leur nouvelle qualité de fonctionnaires, les chefs de mission pourront prétendre à bénéficier des allocations prévues par le statut des fonctionnaires, notamment des allocations familiales. Il s'agira donc de remplacer l'arrêté fédéral du 20 décembre 1929 par une autre disposition qui réserve aux Chambres fédérales la possibilité d'être informées de la composition des traitements ministériels, étant entendu que le pouvoir de décision des Chambres ne pourra s'exercer que sur la partie variable du traitement, c'est-à-dire sur les frais de représentation, les autres éléments du traitement découlant de l'application du statut.

L'établissement de normes n'est possible que si l'on définit au préalable certains principes de base. Bien qu'une décision définitive n'ait pas encore été prise à ce sujet, l'ensemble des principes énoncés ci-dessous pourrait former le cadre théorique de la rétribution future des chefs de mission :

- 1) La rétribution du chef de mission comporterait deux éléments principaux, à savoir le traitement personnel et une allocation de représentation.

a) Le traitement personnel comprendrait :

- le traitement de base maximum de la hors classe b, 1er échelon, ou de la 1re classe de traitement, selon qu'il s'agit d'un chef de mission de Ire ou de IIe classe
- une allocation de séjour à l'étranger
- des allocations éventuelles pour enfants

Le traitement personnel du chef de mission devrait, en principe, être déterminé selon les mêmes normes que celles qui auront été adoptées pour fixer les allocations du personnel diplomatique.

Ce traitement personnel devrait permettre au chef de mission de couvrir toutes ses dépenses personnelles, telles que: entretien personnel, frais de vacances, frais vestimentaires supplémentaires, cotisations à des clubs, amortissement du mobilier, frais d'amortissement et d'entretien d'une voiture, frais de personnel domestique jusqu'à concurrence de frs 4'000.- par an, ainsi que tous les frais particuliers qui relèvent du standard de vie et des conditions locales d'existence.

b) L'allocation de représentation:

Cette allocation serait fixée indépendamment du grade du titulaire du poste et serait déterminée chaque année sur la base d'un état des frais engagés durant les années précédentes.

L'allocation devrait couvrir tous les frais découlant de la représentation proprement dite. Par frais de représentation, on entendrait :

- les frais de réception à la résidence (déjeuners, dîners, cocktails, thés et autres réceptions, ainsi que les dépenses pour des invités officiels logeant à la résidence);
- les frais de réception hors de la résidence, par exemple des invitations au restaurant;

- les dépenses pour la réception du 1er août;
 - les frais de réception hors du pays de résidence:
 - a) lorsqu'il s'agit d'un chef de mission accrédité dans plusieurs pays;
 - b) pendant le voyage et le séjour de vacances du chef de mission;
 - les dépenses de salaire et d'entretien du personnel domestique sous déduction d'un montant de frs 4'000.- par an, à l'indice 100, montant que le chef de mission devrait supporter sur son traitement personnel; ce montant correspond aux frais moyens de logement et d'entretien d'une bonne en Suisse;
 - les cadeaux, la bienfaisance, les pourboires, etc., dans la mesure où ces dépenses ont un caractère officiel.
- 2) Le chef de mission devrait bénéficier de la gratuité du logement.
 - 3) La différence entre la rétribution globale du chef de mission de Ire classe et celle du chef de mission de IIe classe, toutes choses égales par ailleurs, devrait être fixée uniformément à frs 5'500.-, différence représentant l'écart entre le maximum de la hors classe b (frs 34'500.-) et le maximum de la Ire classe (frs 29'000.-).
 - 4) Le chef de mission bénéficierait des allocations familiales prévues par le statut et des allocations et indemnités que définira le RF III au même titre que les autres agents du service extérieur.
 - 5) Là où le personnel a droit au remboursement des frais de voyage de vacances au pays, le chef de mission bénéficierait de ce droit tous les 2 ans. Demeure réservé l'examen ultérieur d'une réduction éventuelle de l'allocation de représentation pendant les vacances cumulées.

- 6) Le traitement personnel serait, en cours d'année, rajusté dans la même mesure que les traitements du personnel, qu'il s'agisse d'ajustements positifs ou négatifs résultant d'une modification du coût de la vie ou du cours du change. Comme il s'agit là d'une mesure quasi automatique, la compétence d'en décider devrait être réservée au département qui prendrait sa décision d'entente avec le Département des finances et des douanes.
- 7) En revanche, l'allocation pour frais de représentation pourrait être modifiée dans un sens ou dans l'autre en cours d'année par décision du Conseil fédéral lorsque des circonstances spéciales le justifieraient.
- 8) Pour faire face aux ajustements nécessaires, une réserve devrait être prévue au budget, comme jusqu'ici.
- 9) Le traitement personnel du chef de mission célibataire, veuf ou divorcé, serait fixé à 88 % du traitement personnel du chef de mission marié de même grade. Demeure réservé l'octroi éventuel d'allocations pour enfants.

III. Solution transitoire à partir du 1er janvier 1960.

Les Commissions des finances des Chambres fédérales ont exprimé à diverses reprises le vœu que la nouvelle méthode de fixation des traitements ministériels permette de distinguer nettement la somme allouée à chaque chef de mission pour ses frais de représentation de son traitement proprement dit. Elles ont demandé notamment qu'indépendamment des normes qui seront fixées dans le statut, la présentation des traitements ministériels permette dès maintenant de se rendre compte des sommes mises à la disposition des chefs de mission pour la représentation. De son côté, la Délégation parlementaire des finances s'est notamment exprimée à ce sujet comme suit dans sa lettre du 28 avril 1959 :

"Die Finanzdelegation legt grosses Gewicht darauf, dass die neue Ordnung die klare Trennung zwischen Gehalt und Entschädigungen für Repräsentationsaufwand bringt. Zudem sollte die Repräsentationsentschädigung in geeigneter Form mit einem Ausgabennachweis verbunden werden, der den besondern Verhältnissen Rechnung trägt."

Comme on sait, les traitements des chefs de mission sont fixés à un montant annuel global. Ce système devrait être maintenu aussi longtemps que le statut des chefs de mission n'aura pas été défini dans le cadre du statut des agents du Département politique. En revanche, et comme le département l'écrivait le 9 février 1959 à la Délégation parlementaire des finances, rien ne s'oppose à ce que le projet de budget de 1960 fasse déjà mention de la part présumée du traitement destinée à la couverture des frais de représentation.

Pour évaluer cette part du traitement, le département s'est fondé sur le résultat d'une enquête sur les frais de représentation faite auprès des chefs de mission à l'aide de la formule ci-jointe. Les critères adoptés sont ceux qui ont été définis ci-dessus sous chiffre II, 1), lettre b). En outre, des instructions ont été données aux chefs de mission pour qu'ils soumettent désormais au département un état semestriel de leurs frais de représentation. Il n'est certes pas toujours aisé de déterminer le coût précis d'une réception chez soi. Aussi les données fournies jusqu'ici n'ont-elles qu'une valeur indicative. Dans tous les cas, on ne saurait songer à un contrôle de ces frais au sens comptable du terme. Néanmoins, le système adopté paraît devoir donner satisfaction. Il est vrai qu'il implique une charge supplémentaire pour la maîtresse de maison.

En conclusion, le Département politique est d'avis

- a) que, jusqu'à l'entrée en vigueur du statut des agents du Département politique et de l'entrée en vigueur d'un nouvel arrêté fédéral devant remplacer celui du 20 décembre 1929 concernant les traitements des chefs de mission, ces traitements demeurent fixés à un montant annuel global;
- b) qu'il soit fait mention dans le budget dès 1960 de la part approximative du traitement global réservée aux frais de représentation;
- c) que les chefs de mission soient invités à justifier auprès du Département politique de leurs dépenses de représentation.

1 annexe.

Frage 15. (Herr de Coulon) - Nachdem die Schweiz mehr und mehr Mühe hat mit ihren Handelsbeziehungen, fragt es sich, ob unsere diplomatischen Vertretungen das Akzent nicht noch mehr auf die Förderung der Handelsbeziehungen legen sollte?

Antwort:

De tout temps, nos représentations diplomatiques ont vu, dans le développement des relations et la sauvegarde des intérêts économiques suisses, une de leurs principales tâches. Les chefs de mission et leurs collaborateurs vouent à cette activité une grande partie de leur temps. On peut relever, en outre, que c'est notamment pour des raisons économiques que, par décision des Chambres fédérales, de nouveaux postes vont être ouverts en Afrique et en Asie.

Dans les grands postes, le service économique comprend plusieurs collaborateurs, tandis que, dans ceux de moindre importance, un seul agent est chargé des affaires commerciales. S'il est le seul collaborateur diplomatique, il doit s'occuper encore inévitablement d'autres secteurs. L'intensification de l'activité de nos représentations dans le domaine économique, comme dans d'autres, nécessiterait un renforcement des effectifs. Or, en dépit des efforts faits pour accélérer le recrutement de nouveaux agents, celui-ci reste insuffisant en regard de l'extension rapide du réseau des postes diplomatiques et consulaires et de la multiplication des tâches incombant au Département.

Kommission des Ständerates für auswärtige Angelegenheiten

Frage Nr.16 (Herr Ständerat Mäder) betr. Botschaftsneubau in Bangkok

Beantwortung

- Das Gebäude ist im Rohbauzustand nahezu fertig, der Innenausbau aber noch nicht begonnen. Die Empfindung einiger ansässiger Schweizer in Bangkok, der Bau sei zu luxuriös, muss also entweder die Raumgrössen oder die Baumassen betreffen.
- Die Raumgrössen sind nicht verschieden von europäischen Residenzen. Empfangsraum und Essraum für 24 Personen haben zusammen 141 m² Grundfläche, statt normalerweise 3 Räume zu 40 bis 50 m².
- Der Rohbau wirkt in den Baumassen gross, weil alle Räume sich auf einer Ebene befinden, ohne Unterkellerung. Die schattenspendenden, ausladenden Vordächer erhöhen visuell die Baumassen, ebenso die wie Innenräume wirkenden Innenhöfe sowie der Regen- und Sonnenschutz eines Teils der Parkplätze.
- Diese Sonnen- und Schutzdächer sind funktionelle Bestandteile eines Hauses in den Tropen. Sie verbessern die Lebensbedingungen der Bewohner und vermindern die Betriebsausgaben der Luftkonditionierungsanlage.
- Dasselbe gilt für das Badebassin im Residenz-Innenhof. Wir glauben nicht, dass dieses als Luxus betrachtet werden kann.
Würde man alle diese Schutz- und Sonnendächer wegnehmen und die Räume in Keller-, Erd- und Obergeschoss anordnen, würden die Bauten wahrscheinlich als sehr klein erscheinen, nicht viel grösser als beide gemieteten Villen.
- Die Eidg. Baudirektion hält sich in der Projektierung an ein schriftlich festgelegtes Raumprogramm, welches entsprechend der "Bauverordnung" durch das Eidg. Politische Departement - meistens unter Fühlungnahme mit dem Missionschef - aufgestellt wird. Daneben wird die Baudirektion jede Gelegenheit wahrnehmen, sich über Lebensbedingungen und dergl. direkt zu orientieren, gegebenenfalls auch bei Privaten.
- Beim Neubau in Bangkok hatten Architekt Prof. Hofmann sel. und der Unterzeichnete Gelegenheit, das Vorprojekt nicht nur mit dem Postenchef und seiner Gemahlin zu diskutieren, sondern auch anlässlich eines kleinen Empfangs der Schweizerkolonie zu zeigen und zu erklären. Wir hatten damals schon festgestellt, dass einige Herren

./.

der Schweizerkolonie die Architektur von Prof. Hofmann gar nicht verstanden und lieber eine Bastardvilla in europäischem Stil gesehen hätten. Es wird also an Kritik solcher Art nicht fehlen.

- Im übrigen glauben wir, dass die Schweiz sich nur freuen soll auf die Vollendung dieses Werkes von Prof. Hofmann.

Bern, 24. Mai 1960

DIREKTION DER EIDG. BAUTEN

SG/ib

Bern, den 20. Mai 1960.

Geschäftsprüfungskommission des Ständerates 1960Antwort auf die Frage Ziffer 17 von Herrn Ständerat Mäder
betreffend die Sicherheit des Schwerwasser-Reaktors "DIORIT"

Der massgebende Passus des Expertengutachtens lautet wie folgt :

"Auf Grund der Informationen, die in den Berichten und während der Zusammenkunft erteilt wurden, gelangt die beratende Kommission für Reaktorsicherheit zum Schluss, dass der "DIORIT"-Reaktor ohne besondere Risiken (can be operated without undue risk) für die Gesundheit und die Sicherheit der Oeffentlichkeit betrieben werden kann."

Diese Formulierung folgt wörtlich der in ausländischen, vor allem anglo-amerikanischen Expertisen allgemein gebräuchlichen Ausdrucksweise. Es kann von keinem Reaktor ausgesagt werden, dass er als absolut betriebssicher betrachtet werden könne. Die Expertise besagt lediglich, dass der "DIORIT" hinsichtlich seiner technischen Konzeption den nach dem heutigen Stand der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen anerkannten Sicherheitserfordernissen für diesen Reaktortyp entspricht. Der englische Originaltext des Gutachtens kann der Geschäftsprüfungskommission zur Einsicht vorgelegt werden.



EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

a.123.3. - MH/ah

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

Bern, den 25. Mai 1960.

Herrn Vizekanzler F. W e b e r
Sekretär der Geschäftsprüfungs-
kommission des Ständerates

B e r n

Herr Vizekanzler,

Unter Bezugnahme auf Ihre Mitteilung vom 16. Mai 1960 betreffend Behandlung des Geschäftsberichtes durch die ständerätliche Geschäftsprüfungskommission beehren wir uns, Ihnen in der Beilage die schriftlichen Antworten in zehnfacher Ausfertigung zu übermitteln, die auf die Fragen aus dem Geschäftsbereich des Politischen Departements zu erteilen sind.

Wir bitten Sie, diese Antworten an die Kommissionsmitglieder weiterzuleiten.

Es fehlt einzig die Antwort auf Frage 16. Diese wurde der Baudirektion, im Rahmen der Antworten des Departements des Innern zur Beantwortung übermittelt.

Die Frage 17, die in den Geschäftsbereich des Post- und Eisenbahndepartements fällt, wurde noch von uns behandelt, da sie sich auf den Geschäftsbericht von 1959 bezieht.

Wir versichern Sie, Herr Vizekanzler, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Beilagen erwähnt.

Max Petitpierre

Max Petitpierre

gls. am 25. MAI 1960 *Ph*

Zur Zugertagung der Geschäftsprüfungskommission
des Ständerates

Zur Prüfung der Geschäfte
des Bundesrats in Bern
vereinen ihre Kräfte
recht gern die Ständeherr'n.

Der Präsident, Herr Lusser,
hat uns gelockt nach Zug,
natürlich ist im Schuss er
und führt uns sanft und klug.

Auch zeichnen sich die muntern
Herr'n Jeanneret, Mäder, Klaus,
de Coulon, Bolla, Guntern
und Obrecht, Oechslin aus.

Sie taten vorbereiten
die Zuger Tagung gut,
fünfhundertachtzig Seiten
studierten sie mit Mut.

Sie fanden manche Fragen
und manches was nicht klar,
sodass sich schon muss plagen
jetzt die Beamtenschar.

Die nimmt nun ihre Pflichten
fortan noch wen'ger leicht
und wird noch mehr berichten -
ist dann der Zweck erreicht?

Nun kann zum Schlusse jeder
befriedigt geh'n nach Haus;
de Coulon, Jeanneret, Mäder,
und Bolla, Obrecht, Klaus.

Und Oechslin auch und Guntern
und nur den Weber muss
zum Schaffen man ermuntern -
es bleibt ihm halt der Schluss!

So hat verdient man weidlich
Herrn Lussers Festprogramm,
und ich bestät'ge eidlich,
gekrampft hat jeder stramm.

Gern möcht'ich Zug besingen
 in dieser Maienzeit,
 doch wird's mir nicht gelingen,
 es tut mir schrecklich leid.

Zu viel gäb's zu berichten
 was läuft auf engstem Raum -
 und das noch zu verdichten,
 was dicht schon, geht doch kaum.

In Zwillingsbruders Namen
 sprech' heute ich im Grund,
 denn Zug und Glarus kamen
 im gleichen Jahr zum Bund.

Der Kantonalbank sagen
 erst Dank wir Mann für Mann,
 weil man gar trefflich tagen
 in ihren Räumen kann.

Lasst uns recht herzlich danken
 auch dem Regierungsrat,
 dass er so viele Franken
 für uns riskieren tat.

In Menzigen, da taten
 sie uns verwöhnen sehr,
 da alles wohl geraten
 braucht's nicht des Lobes mehr.

Dank Präsidenten Lusser
 von Zug der stolzen Stadt,
 ich hoff' dass nicht Verdruss er
 mit dem Finanzchef hat.

Die Gläser lasst uns heben,
 liebwerte Ständeherrn,
 das kleine Zug soll leben,
 wir haben's alle gern.

Im Namen aller
 der Sekretär der
 Geschäftsprüfungskommission
 des Ständerates:

F Weber

PS. Es fand die Zugertorte
 viel Anklang auch zu Haus',
 ich sag'nur diese Worte:
 "Dank für den Götterschmaus!"